

Zu Transformationsprozessen in der DDR-CDU 1989/90

Von Günter Wirth

Günter Wirth und die DDR-CDU. Eine biographisch-editorische Vorbemerkung von Manfred Agethen

Günter Wirth kennt Geschichte und Innenleben der CDU in der SBZ/DDR wie kaum ein Zweiter. Während fast der gesamten Dauer ihrer Existenz – über vierzig Jahre lang – hat er ihr in verschiedenen Ämtern und Funktionen gedient und ihr geistig-ideologisches Profil mitgeprägt. 1929 in Brand-Erbisdorf im Kreis Freiberg geboren, trat er schon im Frühjahr 1947 als Oberschüler der Union bei. Nach seinem Selbstzeugnis hatten ihn Jakob Kaisers Vorstellungen eines „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ und dessen „Brücke“-Konzept stark beeindruckt. Dazu kam der Einfluss seines Deutschlehrers Hellmut Döring, des CDU-Fraktionsvorsitzenden in der Freiburger Stadtverordnetenversammlung, und des CDU-Kreisvorsitzenden Prof. Dr. Gerhard Gruß, der zugleich Rektor der Freiburger Bergakademie war; beide wiesen ihn auf die Betonung christlicher Werte in der neu entstandenen CDU hin. Die christlich-demokratischen und freiheitlich-pluralistischen Positionen der CDU konnten allerdings unter dem Gleichschaltungsdruck der politisch bestimmenden Kräfte in der sowjetischen Besatzungszone, der Sowjetischen Militäradministration und der SED, die seit Ende 1948 mit dem Aufbau des Sozialismus begannen, nicht zum Tragen kommen.

Als aktives CDU-Mitglied nicht zum Studium der Germanistik an der Universität Leipzig zugelassen, wurde Wirth Ende 1948 Redaktionssekretär des CDU-Organs „Märkische Union“ in Potsdam. In dieser Zeit (1949/50), in der die CDU schon fast vollständig dem Führungsanspruch der SED unterworfen worden war, geriet Wirth immer mehr unter den Einfluss des seit 1948 amtierenden CDU-Vorsitzenden Otto Nuschke, der Mitglied des Landtages in Brandenburg und in Sachsen-Anhalt war. Damals verkürzte sich Wirths ursprüngliche Orientierung an Kaisers Modell eines „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ auf das Bekenntnis zum „realer werdenden“ Sozialismus in der DDR. Neben der zwangsweisen Sozialisierung war dabei für Wirth wie für zahlreiche seiner Altersgenossen in der SBZ/DDR die Einsicht ausschlaggebend, dass der Sozialismus und das Christentum, die den Nationalsozialismus weltanschaulich-politisch relativ unbeschadet überstanden hatten, bei der Neugestaltung der Gesellschaft und der Erneuerung der Kultur mitarbeiten müssten.

*Entsprechend seinen Neigungen und Fähigkeiten entschloss sich Wirth unter den neuen Bedingungen, die christlichen Ansprüche der CDU vor allem im kulturpolitischen Umfeld zu verwirklichen. Einflussreiche Ämter in der CDU-Parteihierarchie und in leitenden Stellungen bei CDU-eigenen oder -nahen Verlagen oder Institutionen gaben ihm dazu die Möglichkeit: 1954 bis 1958 war er Sekretär des Hauptvorstandes, 1964 bis 1970 – nach Abschluss des dann möglichen Studiums, dem 1977 die Promotion folgte – war er Cheflaktor im Union Verlag, wo er u.a. Werke von Teilhard de Chardin, Martin Luther King, Albrecht Goes, Karl Barth, Fritz Baade und Günther Anders herausgab. Auf diese bislang zu wenig beachteten kulturpolitischen Verdienste der CDU in der DDR-Gesellschaft hat Wirth in seinem Aufsatz „Erinnerungen und Erwägungen zur CDU-Kulturpolitik“ hingewiesen (in: *Befremdlich anders. Leben in der DDR*; hrsg. von Evemarie Badstübner, Berlin 2000, S. 472–512).*

*Der kultur- und gesellschaftspolitische Schwerpunkt wird auch in Wirths weiterem beruflichen, parteipolitischen und ehrenamtlichen Wirken klar erkennbar. 18 Jahre lang (1968–1986) war er Vorsitzender der Ständigen Kommission Kultur in der Ost-Berliner Stadtverordnetenversammlung, der er von 1967 bis 1990 angehörte. 1961 bis 1963 war er stellvertretender Chefredakteur des CDU-Zentralorgans *Neue Zeit*, zuständig für Kulturpolitik. Von 1972 bis 1990 war er Vizepräsident des Kulturbundes, einer der Massenorganisationen in der DDR. 1973 bis 1985 war er zunächst Chefredakteur, von 1986 bis 1990 Herausgeber der einzigen evangelischen Monatszeitschrift in der DDR, des „Standpunkt“. Das Redaktionsarchiv übergab Wirth 1996 dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik in der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Dokumentation der Kultur-, Gesellschafts- und Bildungsgeschichte der DDR in den 70er und 80er Jahren. Von 1985 bis 1993 nahm Wirth eine Honorarprofessur für Neueste Kirchengeschichte an der Humboldt-Universität Berlin wahr. Er ist Mitglied des Vorstandes der Gertrud-von-le-Fort-Gesellschaft.*

Von 1972 bis 1989 war Günter Wirth Mitglied des Präsidiums des Hauptvorstandes der Ost-CDU, gehörte also dem engen Leitungskreis seiner Partei an. Mit seinen intellektuellen und analytischen Potenzen hat er deren geistiges und politisch-ideologisches Profil mitbestimmt – so war er etwa Mitte der 50er Jahre für ihre Schulungsarbeit verantwortlich –, doch blieb er gerade als Intellektueller in der Blockpartei auch Außenseiter. Zu dieser Rolle passte es auch, dass er beim Sonderparteitag der sich erneuernden DDR-CDU Mitte Dezember 1989 in Berlin als einziger aus der früheren Parteileitung seine persönliche Mitschuld an den Fehlentwicklungen in der DDR bekannte. Er gehörte auch zu der Kommission, die Anfang Januar 1990 das Programm der gewandelten CDU vorlegte. Auf eine Kandidatur für den neuen Parteivorstand verzichtete Wirth; er war überzeugt, dass der Erneuerungsprozess der CDU

nicht entscheidend von Kräften der alten Parteiführung mitgetragen werden könne.

Bis zum Oktober 1990 war Wirth als Leiter der wissenschaftlichen Arbeitsgruppe beim Vorsitzenden der DDR-CDU, also als enger Mitarbeiter de Maizières, insbesondere mit parteigeschichtlichen Arbeiten befasst. In der Folgezeit trat er vor allem publizistisch mit Arbeiten zur Literatur der inneren Emigration, zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte (Ernst Troeltsch, Romano Guardini) und zur Preußen-Problematik hervor. 2000 erschien bei Suhrkamp sein Buch „Der andere Geist von Potsdam“.

Günter Wirth beschreibt in seinem Beitrag den von der Basis der Partei her kommenden Erneuerungsprozess der Ost-CDU im Verlauf der friedlichen Revolution seit dem Herbst 1989. Die retrospektiven Reflexionen eines aktiv Beteiligten sind von hohem historischen Interesse. Die vom Verfasser mitgelieferten Anmerkungen mussten aus Platzgründen leider wegfallen.

* * *

Man muss sich einmal die Konstellationen in der DDR-CDU am 10. November 1989, an dem Tag, an dem Lothar de Maizière Parteivorsitzender wurde, vergegenwärtigen, um sich über die eigentliche Bedeutung dieses Vorgangs klar zu werden.

Acht Tage zuvor war der seit 1966 amtierende Parteivorsitzende Gerald Götting, der bis dahin als Generalsekretär mindestens seit Ende 1957 den dominierenden Einfluss in der Partei hatte („System Götting“), zurückgetreten, nachdem er noch Mitte Oktober 1989 in einer Sitzung des Parteipräsidiums mit Bezirksvorsitzenden und Abteilungsleitern des Sekretariats erklärt hatte, die Sowjets hätten noch nicht das letzte Wort gesprochen, die Panzer stünden durchaus bereit. Als ihm daraufhin von einigen Bezirksvorsitzenden, u.a. von dem Schweriner und dem Karl-Marx-Städter (Chemnitzer) sowie von Präsidiumsmitgliedern (u.a. Dr. Dietmar Czok und dem Verfasser) entgegengehalten wurde, er erkenne die Gesamtsituation und speziell die innere der eigenen Partei, diese sei schon längst keine einheitliche Partei mehr, und vor allem gebe es in ihr die unterschiedlichsten reformerischen Strömungen, die die Positionen des „Weimarer Briefs“ vom September längst transzendiert hätten, wusste er keine andere Antwort als die, den für solche Auffassungen aufgenommenen Beifall unter den Sitzungsteilnehmern brüsk zu verbieten. Ich übergehe hier weitere Details zur doktrinären Haltung Göttings, die wir damals ohnehin zu sehr nur im letztlich nicht so großen prinzipiellen Kontrast zur reformfreundigeren Haltung Manfred Gerlachs sahen und von letztlich illusorischen Erwartungen hinsichtlich der reformerischen Kräfte in der SED um Hans Modrow konterkarieren ließen, nicht aber in der Konfrontation mit den tatsächlichen Entwicklungen in der DDR-Gesellschaft.

Interessanterweise traten diese Strömungen dort unmittelbar in die zur Entscheidung drängenden innerparteilichen Klärungsprozesse ein, wo man sie am wenigsten erwartet hätte, nämlich im kulturell-künstlerischen Milieu. Dort hatte und hätte man sie wohl deshalb am wenigsten erwartet, weil christliche Künstler in der DDR bisher nicht gerade als die politisch agilsten zu identifizieren gewesen waren, und auch deshalb nicht, weil die kulturpolitischen Bemühungen der DDR-CDU selbst in der Zeit der Stagnation der achtziger Jahre noch Elemente einer gewissen Eigenständigkeit und Authentizität aufgewiesen hatten, unübersehbar in der Programmatik der CDU-Verlage.

Die ersten offenen und öffentlich ausgesprochenen direkten Aufforderungen zum Rücktritt erhielt Götting am 27. Oktober 1989 auf der jedes Jahr regelmäßig Ende Oktober abgehaltenen Begegnung der Parteiführung mit Kulturschaffenden in der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“ im landschaftlich reizvoll gelegenen Barockschloss Burgscheidungen, für das Götting gleichsam als Mäzen viel denkmalpflegerischen Elan eingesetzt hatte. In dieser „Begegnung“ 1989 waren es vor allem der damals noch parteilose, viel im Unionverlag publizierende thüringisch-sächsische Schriftsteller Uwe Grüning, seit 1990 kulturpolitischer Sprecher der CDU im Sächsischen Landtag (zuvor in der Volkskammer), und der in den fünfziger Jahren aus der Bundesrepublik in die DDR gekommene katholische Komponist und Schriftsteller Wolfgang Schoor (Bezirksverband Potsdam), die diese Aufforderung ebenso nachdrücklich wie souverän artikuliert hatten. Analoges musste Götting bei seinem letzten öffentlichen Auftreten als Parteivorsitzender erfahren, nämlich bei der 200-Jahr-Feier des Verlages Koehler & Amelang, Leipzig/Berlin, der seit 1950 der CDU gehörte.

Dass in Burgscheidungen die letzte Stunde Göttings als Parteivorsitzender eingeläutet worden war, erhellt daraus, dass der in Berlin zurückgebliebene stellv. Parteivorsitzende von den dortigen Vorgängen (offensichtlich von Adolf Niggemeier) informiert worden war und zu ersten Gegenmaßnahmen schritt. Jedenfalls wurde ich am Nachmittag des 27. Oktober 1989 (ich war wegen eines Vortrags in einer Berliner Kirchengemeinde am Abend des 26. Oktober und einer CFK-Konferenz am 27. Oktober nicht nach Burgscheidungen gefahren) zu Wolfgang Heyl gerufen und dort mit der Frage überrascht, ob ich bereit wäre, Nachfolger Göttings als Parteivorsitzender zu werden. Es war für mich klar, dass ich ohne zu zögern verneinen müsste, und zwar einerseits mit dem Hinweis auf meinen Gesundheitszustand, vor allem aber andererseits mit der für mich sofort wie selbstverständlichen Feststellung, dass es für eine Lösung dieses Problems aus dem bisherigen inneren Kern der Parteiführung heraus (selbst wenn ich da letztlich ziemlich fremd gewesen wäre) längst zu spät sei (und meine Fremdheit in der Parteiführung, wenn sie denn jetzt als Legitimation für mich in Anspruch genommen würde, sei doch so

nur in den inneren Zirkeln der Partei – als „Kavaliersopposition“ wie ich schon lange zu sagen pflegte – bekannt, sei aber nicht nach draußen gedrungen).

An den folgenden Tagen standen alle möglichen weiteren Kandidaten zur Debatte. Interessanterweise kamen viele Vorschläge aus dem Umfeld Horst Korbellas, des Dresdner Bezirksvorsitzenden, der wiederholt, begleitet von Dr. Walter Riedel, einem angesehenen ehemaligen Unternehmer, der als bekennender Baptist auch große moralische Autorität besaß, mit Heyl zusammentraf (und auf dem Weg in Heyls Büro bei mir vorbeischaute). Alle personellen Vorschläge, die bei diesen Gelegenheiten erörtert wurden, hatten aber die Achillesferse, auf die ich im Zusammenhang meines Gesprächs mit Heyl hingewiesen hatte.

Wenn ich mich richtig erinnere, spielten in solchen Erörterungen mögliche Kandidaten aus dem Umfeld des „Weimarer Briefes“ charakteristischerweise keine Rolle. Offenbar war man im Krisenmanagement der bisherigen „Partei-führung“ überzeugt, noch davon ausgehen zu können, aus ihrer Mitte heraus trotz allem zu einer Lösung zu kommen; die „Weimarer“ hatten mit ihrem Brief ebenso „Unbehagen“ hervorgerufen, wie die im bisherigen Sinne „professionelle“ Reaktion der Parteiführung auf sie letztlich als blamabel empfunden worden war. Doch war in Weimar nicht noch ein Synodaler gewesen, der sich dem Kreis der Unterzeichner nicht angeschlossen hatte, weil er trotz Sympathie mit deren Position als Mitglied der Präsidiiums der Bundessynode es ablehnen musste, in eine direkte politische, dazu parteipolitisch profilierte Aktion hineingezogen zu werden? Lothar de Maizière!

Der knapp fünfzigjährige Rechtsanwalt schien aus verschiedenen Gründen ein für alle Seiten akzeptabler Kandidat zu sein: Aus einer alten CDU-Familie kommend (sein Vater war ebenfalls Rechtsanwalt, Synodaler, führender Repräsentant der Hugenotten, Ortsgruppenvorsitzenden in Berlin-Treptow), war er schon als 16jähriger Schüler CDU-Mitglied geworden – 1956, als für eine Zeit ein relativ eigenständiger Kurs Otto Nuschkes in kirchen- und kulturpolitischer Hinsicht auch für junge Leute wie ihn attraktiv erschien. Hinzu kamen weitere familiäre Bezüge, die für de Maizière sprachen: Sein Großvater mütterlicherseits, Dr. Johannes Rathje, war ein bedeutender protestantischer Publizist, dessen Buch über Martin Rade und die Welt des freien Protestantismus vor über vierzig Jahren Gegenstand eingehender Debatten gewesen war – bis hin zu Karl Barth, seine Schwester fungierte als Pröpstin in der provinzsächsischen Kirche und vor allem: Sein Onkel Ulrich de Maizière, Bruder seines Vaters, war der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr und NATO-Befehlshaber (und die Berliner de Maizières hatten den Kontakt zu ihm weitgehend aufrechterhalten). Mitte Oktober 1989 hatte de Maizière über die Ergebnisse der Weimarer Synode in der Arbeitsgemeinschaft Kirchenfragen beim Hauptvorstand der CDU referiert, und sein Vortrag war unmittelbar darauf in der „Neuen Zeit“ gedruckt worden (am 17. Oktober 1989). Nach dem 2. No-

vember 1989, nach Göttings Rücktritt und nach allen nur möglichen Fehlkalulationen des bisherigen Krisenmanagements erschien Lothar de Maizière als Retter in der Not. Tatsächlich erklärte sich dieser nach einigem Zögern (den Konsultationen in der Familie und mit der Kirchenleitung, zumal Bischof Dr. Gottfried Forck geschuldet) bereit, am 10. November 1989 im Hauptvorstand als dem dafür satzungsmäßig zustehenden Organ zu kandidieren (nachdem übrigens noch zwei Abende zuvor in der Französischen Kirche eine Diskussion über die Zukunft des Parteiensystems in der DDR stattgefunden hatte, u.a. mit Lothar de Maizière und Gottfried Müller).

Ein Tag nach dem 9. November 1989

Zu den einleitend beschriebenen Konstellationen dieses Vorgangs gehört, dass dieser sich im Schatten oder im Licht der gerade geöffneten Mauer abspielte, und es war dies ein Ereignis, das von vornherein auch den provisorischen Charakter aller weiteren innerparteilichen Entscheidungen der CDU markieren musste, deshalb nämlich, weil damit die „innere“ Lösung der Probleme der DDR-CDU, der Überwindung des „Systems Götting“ und der Neuorientierung, in eine Klammer geriet, die ganz andere Vorzeichen erhielt, als man sie noch unter dem Eindruck der Berliner Großdemonstration vom 4. November 1989 (zwar mit Manfred Gerlach als Redner, aber keinem von der CDU) erwartet hätte. Anders formuliert: Nach dem „Staatsstreich“ des Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz und seines Agitations- bzw. PR-Chefs Günter Schabowski war die innere Lösung auch der CDU-Probleme suspendiert, jedenfalls in ihrer Substanz, und es trat die äußere Lösung auf die politische Agenda, d. h. makrokosmisch: Aufgehen der DDR-Probleme in den Prozess der Wiedervereinigung, und mikrokosmisch: Erneuerung der CDU in Kompatibilität zu den Vorgaben der CDU in der Bundesrepublik.

Sicherlich konnten wir diese Alternativen damals noch nicht in dieser pointierten Zuspitzung sehen (ich erinnere mich allerdings sehr genau, den Begriff des „Staatsstreichs“ in einem damals gemeinsam vom Sektionsdirektor der theologischen Sektion Prof. Dr. Heinrich Fink und mir abgehaltenem Seminar, übrigens mit der Theologie studierenden Tochter de Maizières als Teilnehmerin, schon im November 1989 gebraucht zu haben), aber irgendwie ahnten wir es, obwohl sozusagen vordergründig im Alltag eher der immer unaufhaltsamer werdende Akzelerationsprozess der Öffnung und totalen Veränderung der innenpolitischen Szene unsere Haltung bestimmte.

Dieser Akzelerationsprozess hatte schon vor dem 9. November Ausmaße angenommen und zu Auffassungen in der Öffentlichkeit geführt, die die kühnsten Hoffnungen und Vorstellungen in den reformerisch-dissidentischen Gruppen weit übertrafen. (Immerhin habe ich von Dr. Wolfgang Ullmann am

19. Oktober 1989 gesprächsweise gehört, dass er sich mit „Demokratie jetzt!“ auf baldige freie Wahlen vorbereitete.)

Bei der Würdigung der Konstellationen am 10. November 1989 kam hinzu, dass parallel zur Wahl eines neuen Parteivorsitzenden der CDU die Ergebnisse der Tagung des Zentralkomitees der SED (sozusagen diesseits vom Zettel Schabowskis) zu verarbeiten waren, konkret die mit dem Wegspülen der bisherigen Protagonisten der Nomenklatura ins Haus stehende Neubildung der Regierung der DDR unter Hans Modrow (an den ich während der ZK-Tagung einen Brief dahingehend geschrieben hatte, dass ich von kirchlichen Kreisen – konkret von Pfarrer Christfried Berger, einem engen Freund von Markus Meckel und Ehemann der heutigen Ausländerbeauftragten in Brandenburg – informiert und inspiriert worden sei, ihm nahezulegen, den Einfluss Manfred Stolpes in der neuen Regierung zu sichern). Die Neubildung der Regierung erfolgte dann noch einmal auf der Basis von Verhandlungen im Block, was angesichts der Umstände (Druck der äußeren Verhältnisse, fragile Lage in den einzelnen Parteien, mangelnde Kommunikation des neuen Personals usw.) nicht ohne Schwierigkeiten ablief. Hinzu kam, dass de Maizières Plan, als (parteilosen) Vertreter der CDU Manfred Stolpe für die neue Regierung vorzuschlagen, und zwar für das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten, nicht zustande kam, weil Stolpe nach wohl ursprünglicher persönlicher Zusage dann doch deshalb ablehnte, weil er nicht den Konsens der Kirchenleitung hierfür hatte erreichen können. Daraufhin musste de Maizière nolens volens etwas tun, was er eigentlich hatte vermeiden wollen, nämlich seinerseits in dieser Eigenschaft in die Regierung einzutreten (nach kurzfristig einberufener Beratung des Präsidiums).

Doch ich habe mit diesen Feststellungen zur objektiven („äußeren“) Situation chronologisch vorgegriffen und die rasanten *inner*parteilichen Auseinandersetzungen außen vor gelassen:

Am 10. November 1989 war nämlich zweierlei geschehen – und diese zwei Vorgänge in einem hatten auch einen doppeldeutigen Charakter. Es war einerseits ein neuer Parteivorsitzender gewählt worden – von jenem Hauptvorstand, der zwei Jahre zuvor auf dem letzten Götting-Parteitag in Dresden bestätigt worden war. (Allerdings entsprach, um es noch einmal zu unterstreichen, die Wahl des Parteivorsitzenden durch den Hauptvorstand der noch gültigen Satzung.) Bevor de Maizière gewählt wurde, waren aber ausdrücklich in eben diesem Hauptvorstand das Präsidium und das Sekretariat zur Disposition gestellt worden. Hierbei stellte sich heraus, dass mit Ausnahme Heyls alle bisher führenden und in repräsentativen Funktionen tätigen Parteifunktionäre abgewählt wurden, also Dr. Heinrich Toeplitz, der Präsident des Obersten Gerichts, Rudolph Schulze, stellv. Vorsitzender des Ministerrates, dessen Vorgänger Max Sefrin, stellv. Parteivorsitzender, Günther Grewe, Mitglied des Nationalratspräsidiums, und Ulrich Fahl, einziger CDU-Vorsitzender eines

Volkskammerausschusses. Aus dem bisherigen Präsidium hatten nur wenige, diesem harten Kern der Parteiführung eher ferne Mitglieder „überlebt“, so der Weimarer Oberbürgermeister Professor Baumgärtel, der Berliner Bezirksvorsitzende Berghaus und ich, merkwürdigerweise aber drei (katholische) Sekretäre des Hauptvorstandes (und unter ihnen nicht nur der wirklich kritische Dr. Czok, sondern auch der jeweils durch Anpassung bekannte Adolf Niggemeier, während im Gegensatz hierzu bedauerlicherweise der Kultursekretär Werner Wünschmann die Mehrheit knapp verfehlte).

Doppelherrschaft

Dies hieße also in anderen Worten, dass der im Anschluss hieran gewählte neue Parteivorsitzende mit einem Restpräsidium und einem Restsekretariat (außer Wünschmann fehlte Fahl) aus dem System Götting auszukommen hatte – abgesehen davon, dass in der Volkskammerfraktion, der de Maizière ja nicht angehörte und mit der er (zumal nach seinem Eintritt in die Regierung Modrow) irgendwie rechnen musste, die alten, im bisherigen Hauptvorstand abgewählten Parteiobere verblieben waren und (schon wegen der Diäten) zu verbleiben gedachten. Wir haben es also bei einer solchen Konstellation mit der in revolutionären Prozessen nicht unbekanntem und nicht unüblichen Doppelherrschaft zu tun.

Diese allein schon von den formellen Akten der Sitzung am 10. November 1989 bedingte Doppelherrschaft sollte dann auch bereits am 11. bzw. am 13. November 1989 zur ohnehin auf die Dauer unausweichlichen Konfrontation führen. Wolfgang Heyl, der in der Hauptvorstandssitzung die meisten Stimmen erhalten hatte und seit den frühen achtziger Jahren als Hoffnungsträger im „System Götting“ galt, als eine Art „Schäuble“ der DDR-CDU (wenn man denn füglich einen solchen Vergleich machen kann), hatte für den 11. November 1989 die nicht „ausgemusterten“ Sekretäre (neben Dr. Czok und Niggemeier Dr. Hans Zillig) zu einer Besprechung ins Parteihaus gerufen, was der neue Parteivorsitzende, der sich wohl zur gleichen Zeit dort befand, als einen feindseligen Akt der alten Parteiführung gegen ihn ansah und ansehen musste. Er stellte dann auch sofort die „Kabinettsfrage“, die sich freilich dahingehend erledigte, dass Heyl wenige Tage später aus einer Sitzung der Volkskammer mit dem Notarzwagen weggefahren wurde und nach seiner Genesung nicht wieder ins politische Geschäft (auch nicht das des Vorsitzenden der Volkskammerfraktion) zurückkehrte. Damit war zwar für de Maizière die Symbolgestalt der alten Partei, der gegenüber er bis dahin durchaus Sympathie bezeugt hatte, ausgeschaltet, aber das Geflecht des „Systems Götting“ war auf diese Weise noch längst nicht beseitigt, das bürokratische Geflecht des zentralen und regionalen (bezirklichen) Apparats vor allem, der kaum eigene Initiativen hatte entfalten dürfen und der immer nur auf „Weisungen“ gewartet

hatte, offenbar auch jetzt. Hierbei muss allerdings eine gewisse prekäre Seite dieser Erscheinung berücksichtigt werden: Die Kreissekretäre der CDU etwa hatten ja bis 1989 nicht nur die Weisungen ihres zentralen Apparats zu beachten, sondern auch vor allem die der Kreisleitungen der SED – und nicht zuletzt standen sie fast jeden Abend vor den kritischen Fragen der CDU-Mitglieder in den Ortsgruppen.

Sicherlich hatte die Doppelherrschaft durch die Sezession Heyls ihren dramatischen Charakter verloren, und möglicherweise blieb sie von nun an, also im Grunde beinahe unmittelbar nach der Wahl de Maizières für Außenstehende eher verborgen. Tatsächlich aber blieb sie in den Realitäten bestehen – über den Sonderparteitag hinaus, und auch in der Folgezeit bis zum 1. Oktober 1990 waren Elemente hiervon erkennbar. Für Außenstehende deutlich wahrnehmbar wurde freilich ein anderer Vorgang, der seinerseits das Stigma des Ambivalenten trug, und es sollte sich bald herausstellen, dass sich aus solcher Ambivalenz eine andere Art Doppelherrschaft entwickeln sollte, die noch heute fassbar ist.

Es war nämlich so, dass mit der Wahl de Maizières und mit den sich aus ihr ergebenden, ihrerseits von Akzeleration gekennzeichneten Entwicklungsprozessen in der alten DDR-CDU Signale in die gärende DDR-Gesellschaft drangen, die in dem der alten DDR-CDU kritisch gegenüberstehenden Milieu so aufgenommen wurden, dass man dort meinte: Jetzt sei wohl doch die Möglichkeit oder sogar die Notwendigkeit gegeben, solchen Signalen zu folgen und diese sich erneuernde CDU zu unterstützen, ja sich ihr anzuschließen. Dies gilt vor allem für katholische Christen unterschiedlicher sozialer Lage und für protestantische bildungsbürgerliche Kräfte, wobei die Katholiken von vornherein einen höheren Grad des Engagements bezeugten. Es kam aber auch früh zu Kontakten mit dem dissidentischen Umfeld, und zwar mit den dort zu ortenden Kräften, die eine mehr bürgerlich-konservative gesellschaftliche Option und Vision hatten, für die schon damals die Frage der Erneuerung des Sozialismus keine relevante mehr war. Es ist wohl kein Zufall, dass es vor allem in Sachsen, etwa in Dresden, zu solchen Kontakten kam, aus denen feste Parteibindungen erwachsen. Man denke nur an den heutigen Bundestagsabgeordneten Dr. Arnold Vaatz und an den langjährigen Oberbürgermeister Wagner.

Drei Hauptströmungen – und eine vierte

So waren in der DDR-CDU Mitte November 1989 – im Schatten der Maueröffnung und der zunächst noch blockpolitisch angelegten Zu- bzw. Einordnung zur bzw. in die Modrow-Regierung – drei Hauptströmungen festzustellen: 1. die CDU-Funktionäre, die im Grunde für die Position eines nur geringfügig zu reformierenden realen Sozialismus eintraten, 2. diejenigen, die mit dieser

Position zu brechen bereit waren und zur „echten Idee“ der Union von 1945/46 zurückkehren wollten – und zu dieser Idee zurückzukehren, bedeutete Ende 1989 natürlich, deren mögliche Perspektiven und ihre realen Ausgestaltungen in der alten Bundesrepublik zu analysieren und zu verarbeiten. 3. ging es um jene politisch-geistigen Kräfte, die aus ihrer bisherigen Nischen- bzw. Dissidenten-Existenz heraus die Option vertraten, das organisatorische Medium der CDU, ihr jetzt erkennbares Erneuerungspotential und die allerdings auch in DDR-Zeiten nicht infragegestellte weltanschauliche Haltung (zumaß im kulturellen Umfeld), machten die CDU für die zu fällenden Entscheidungen zu einem geeigneten Instrument.

In der Folgezeit kam es innerhalb dieser Strömungen und zwischen ihnen zu tiefgehenden Auseinandersetzungen. Dabei war klar, dass diese nicht in einem abgeschlossenen und sterilen Raum stattfanden, sondern in der Ende 1989/Anfang 1990 in besonderer Weise aufgeheizten politischen Atmosphäre der DDR-Gesellschaft, in die nach der Maueröffnung ohnehin rasch und definitiv die Lösungen und Alternativen aus der Bundesrepublik einwirken konnten, eindeutig geprägt vom dort herrschenden Parteiensystem, das seinerseits nach geeigneten Medien für die je eigenen Lösungen und Alternativen in der DDR suchte. Insofern war neben den drei Strömungen in der DDR-CDU spätestens ab Ende des ersten Quartals 1990 eine vierte von christlichen Demokraten aus der alten Bundesrepublik zu registrieren, die neue Wirkungsstätten in der DDR gefunden hatten (prominentestes frühestes Beispiel: Biedenkopfs Leipziger Professur).

Zur Auseinandersetzung der beiden erstgenannten Strömungen wäre zu bemerken, dass der Radius der ersten alsbald wesentlich eingeschränkt war. Auch in der Volkskammerfraktion mussten sich die ehemals führenden Parteifunktionäre eher zurückhaltend verhalten (wenn man von Dr. Toeplitz absieht, der sich plötzlich in die Funktion eines „Sittenwächters“ der ganzen Volkskammer katapultiert hatte). Allerdings kam es zunächst doch nicht zu einem totalen unter den Funktionsträgern in den Bezirksverbänden, in denen keineswegs alle führenden Funktionäre entfernt wurden, sehr früh freilich der Potsdamer Bezirksvorsitzende Friedrich Kind, Mitglied des Staatsrats seit 1960, der aus dem Parteipräsidium schon länger auf eigenen Wunsch ausgeschieden war). Offensichtlich hing dieser merkwürdige Vorgang weniger mit Inkonsequenz, sondern mehr mit der überraschenden Tatsache zusammen, dass sogar in den mittleren und unteren Rängen der Parteihierarchie sich die bis 1989 bekundete „ideologische Geschlossenheit und Festigkeit“ als reine Fiktion, sozusagen als plakativer Ausweis gegenüber der früher führenden Partei erwiesen hatte. Die bisher amtierenden Bezirksvorsitzenden, die sich früh kritisch gegenüber Götting geäußert hatten, also der Schweriner und der Karl-Marx-Städter, der Leipziger und mit einer gewissen Einschränkung der Dresdner, erst recht viele Kreisvorsitzende, Kreissekretäre, Staatsfunktionäre der mittleren und unteren

Ebene zeigten sich der neuen Situation gegenüber flexibler. Dies war freilich oft genug eine Flexibilität, die den Pegelstand eines durchaus auch anzutreffenden Opportunismus transzendierte und echte demokratische Substanz zutage förderte. Ich nenne nur als Beispiele den früheren Finanzstadtrat von Cottbus, der seit 1990 Oberbürgermeister ist – Waldemar Kleinschmidt, oder die Kreisvorsitzenden von Gotha und Berlin-Treptow, Josef Duchac und Horst Gibtner.

Übrigens muss für diesen Zeitraum eine andere merkwürdige Erscheinung ins Auge gefasst werden, die mit den Wandlungen in der SED und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft, aber auch damit zusammenhängt, wie sich etablierte Funktionäre der SED ihre Arbeits- und Wirkungsmöglichkeiten in einer offenen Situation zu erhalten suchten: Wo früher SED-Funktionäre wie Schuldirektoren, Schulräte usw. das Sagen hatten, zogen sie sich oft „rechtzeitig“ zurück in ein zweites Glied, wo sie zu überleben hofften, und ließen CDU- oder LDP (D)-Mitglieder ins erste Glied aufrücken. Um ein Beispiel aus dem kulturellen Umfeld anzuführen: Unionsfreund Volker Kahl, der im Archiv des Hauptvorstands tätig gewesen war, hatte die Stelle eines Archivars in der Akademie der Künste inne. In der Wendezeit trat der bisherige Abteilungsleiter (und Parteisekretär) ins zweite Glied, und der CDU-Mann wurde Abteilungsleiter. Beide sind heute noch in ihren Funktionen tätig. Oder nehmen wir das Beispiel der Greifswalder Universität, in der endlich wieder ein Theologe Rektor wurde, Unionsfreund Prof. Dr. Hans-Jürgen Zobel, der kürzlich verstorbene alttestamentliche Ordinarius.

Ähnlich war es in der sog. Massenorganisationen: Die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft wurde von Pfarrer C. Pech übernommen, einem aus dem Sorbischen stammenden Unionsfreund, der katholische Theologie studiert hatte, Kaplan gewesen war und dann konvertierte. In der Volkssolidarität wechselte der bisherige stellvertretende Vorsitzende Jost Biedermann (CDU) in das Amt des Vorsitzenden, das er heute noch erfolgreich ausübt, und ich sollte nach den Vorstellungen der (SED-)Bundessekretäre des Kulturbundes im März 1990 als Präsident des Kulturbundes kandidieren. Ich hatte dies ebenso abgelehnt wie seinerzeit den Vorschlag Heyls.

Insgesamt sehen wir, dass sich das vordergründig womöglich der ersten Strömung zuzurechnende Personal dieser doch nicht eindeutig zuordnen ließ, sondern weitgehend auf die zweite bezogen wurde. Ohnehin ließ sich die Apologetik des realen Sozialismus nicht länger durchhalten, es sei denn im engeren oder weiteren Umfeld der am 10. November 1989 abgewählten Spitzenfunktionäre (zumal vom Typus Grewe). Es blieb in diesem Umfeld die parallel zur Entwicklung von SED/PDS festzustellende Beschwörung eines idealistisch-utopischen Sozialismus, der als Alternative gegenüber dem realen in Stellung gebracht wurde, und merkwürdigerweise orientierten sich einige frühe scharfe Kritiker des „Systems Götting“, etwa Wolfgang Schoor, Ende 1989

kurzzeitig Kreisvorsitzender in Königswusterhausen, in diese Richtung, und einige andere verlängerten (oder verkehrten?) diese Linie, indem sie die CDU verließen und zur SPD übertraten, so der Nachfolger Kinds als Bezirksvorsitzender in Potsdam, Dr. Seidel, heute SPD-Stadtverordneter, oder Schoors Nachfolgerin in Königswusterhausen, Petra Ketzer.

Geistige Auseinandersetzung

Interessant und bisher viel zu wenig oder noch gar nicht analysiert ist das, was sich in der 1989/90 noch vorhandenen Breite der CDU-Mitgliedschaft – einschließlich der unteren und mittleren Etagen der Funktionäre – an politisch-geistigen Auseinandersetzungen abgespielt hat, also in der beschriebenen zweiten Strömung, die sich einerseits innerhalb der herrschenden Paradigmen der ersten Strömung im Diskurs abgrenzen musste und andererseits von den Alternativen der dritten und dann auch der vierten Strömung herausgefordert wurde. Leider ist seit Anfang 1990 jene von den Bündnisgrünen ausgegebene Losung von den „Blockflöten“ (die nicht wieder die „erste Geige spielen“ dürften – eine Anspielung auf de Maizière als Musiker) schnell und pauschal auf die Mitglieder der CDU im allgemeinen angewendet worden – in fantastischer Einmütigkeit von Dissidenten über PDS-Propagandisten, den heutigen Bundestagspräsidenten, dessen Vater Mitglied des Bezirksvorstands Erfurt der CDU gewesen war, bis zu führenden Politikern der bundesdeutschen CDU. In solcher Perspektive konnten natürlich die tatsächlichen geistig-politischen Auseinandersetzungen in der Mitgliedschaft der DDR-CDU in den Wendezeiten überhaupt nicht ins Blickfeld treten. Dabei war es so gewesen, dass tatsächlich ein echtes demokratisches Potential in der Breite dieser Mitgliedschaft, zumal in der auch quantitativ durchaus respektablem Intelligenz und unter denen, für die das „hohe C“ das entscheidende Element ihrer CDU-Zugehörigkeit gewesen und geblieben war, existierte ein Potential, das weitgehend marginalisiert worden ist, weil sich die von den „Blockflöten-Klischees“ Stigmatisierten nach und nach aus der CDU zurückzogen.

Hinsichtlich der Dimensionen dieser politisch-geistigen Auseinandersetzungen in der damals noch vorhandenen Breite der Mitgliedschaft sollte sich zwischen dem 10. November 1989 und dem Vereinigungsparteitag in Hamburg am 1. Oktober 1990 herausstellen, dass in einem knappen Jahr innerhalb der DDR-CDU, vor allem in ihrer „zweiten Strömung“ die für eine christliche Partei in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts relevanten politisch-geistigen Orientierungen und Entscheidungen nachgeholt (nach dem NS-Regime, nach dem Zweiten Weltkrieg, nach Auschwitz) und in einem von Akzeleration bestimmten Prozess „exekutiert“ wurden:

Am 10. November 1989 hatte sich Lothar de Maizière in eigenständiger Weise auf den authentischen Kern von Otto Nuschkes Erbe, das im „System

Götting“ längst obsolet geworden war, bezogen; wegen Otto Nuschkes kirchen- und kulturpolitischer Position sei er 1956 als Sechzehnjähriger in die CDU eingetreten. War damit zunächst die Rückkehr de Maizières zu den besseren Zeiten der DDR-CDU markiert worden, mussten Mitte November 1989 in ersten Gesprächen mit Politikern der bundesdeutschen CDU neue Akzente gesetzt werden, und sie führten in die Jahre 1945 bis 1947, in die Vorstellungswelt von Jakob Kaiser, über den „Sozialen Staat“ und den Sozialismus aus christlicher Verantwortung zurück. In der Tat spielten solche Überlegungen damals in den innerparteilichen Auseinandersetzungen im Lande ebenso eine Rolle wie auf der Führungsebene. Ich erinnere mich noch genau, im Laufe des November 1989 einen Anruf des persönlichen Referenten de Maizières, Gerhard Wilkening, bekommen zu haben, in dem ich gebeten wurde, rasch Materialien über die Genealogie des christlichen Sozialismus im 19. und 20. Jahrhundert zusammenzustellen. Ich habe in Erinnerung, dies sei für ein Gespräch mit Generalsekretär Volker Rühle gewesen, aber de Maizière hat im Dezember 1999 gegenüber der F.A.Z. erklärt, dieser habe erst viel später den Kontakt zu ihm aufgenommen. Jedenfalls hatte ich den Eindruck, dass de Maizière seinem bundesdeutschen Gesprächspartner deutlich machen wollte, dass christliche Referenz auf den Sozialismus nicht erst von der DDR-CDU bekundet worden sei, allerdings war ihre Reverenz vor ihm unverkennbar.

Damit war der Rückgriff der DDR-CDU auf das geistige Inventar der Ost-CDU von 1946/47 erfolgt, als die CDU, mit Kaiser und Lemmer, dem Blockgedanken verpflichtet war, freilich in einer eigenen Interpretation, der Ernst Lemmer 1946 in einem Aufsatz der Kulturbund-Zeitschrift „Aufbau“ (er war damals Vizepräsident des Kulturbundes und blieb es über den Dezember 1947 hinaus!) Ausdruck verliehen hatte: Block als zeitweilige, von bestimmten historischen und politischen Konstellationen definierte Methode, nicht als permanenter Endzweck. In der zweiten Hälfte 1947 war es dann, und zwar im Zusammenhang mit der Frage der sog. überparteilichen Organisationen, zu einer Umorientierung der CDU und zur Infragestellung des Blocks gekommen. Gleichsam analog hierzu kam es Ende November 1989 – aus dieser Position einer demokratisch und christlich geprägten Sozialismusvorstellung heraus – zu der wichtigsten, Eigenständigkeit manifestierenden Entscheidung der neuen Führung der DDR-CDU, die damit allerdings nur das auf der obersten Ebene praktizierte, was inzwischen in weiten Teilen des Landes in der CDU-Basis schon vorgemacht worden war, nämlich die Blockpolitik aufzukündigen. Ich kann mich an die von der CDU federführend einberufene Sitzung des Zentralen Blocks gut erinnern, weil ich (erstmalig!) als Vertreter des Kulturbundes an dieser Sitzung beteiligt war: Es ging dort für Krenz und Schabowski – in Kooperation mit Gerlach – darum, die Position der „Blockparteien“ zum bevorstehenden Zusammentreten des „Runden Tisches“ zu bestimmen und festzulegen, also nach der alten Manier zu operieren und von vornherein etwa eine

Beteiligung der SDP abzulehnen oder zu erschweren. Wie konsterniert waren sie (auch der „Reformer“ Gerlach), als de Maizière mit einer kühlen souveränen Geste für die CDU die Mitarbeit im Block als beendet erklärte und damit das Ende der Blockpolitik überhaupt signalisierte. Damit wurde die Eigenständigkeit der CDU von 1947 (die als Losung und innerer Halt bis 1949 in der Partei lebendig war) auf neue Weise verifiziert.

Phasen der Neuorientierung

Dieser grundlegend wichtigen Entscheidung gingen Diskussionen auf der dreitägigen Hauptvorstandssitzung um den 20. November 1989 in Burgscheidungen voraus, in der de Maizière erstmals seine Vorstellungen – entsprechend der damaligen, sich in dauernder Veränderung befindlichen Situation entwickeln konnte. So überraschte es nicht, dass die Burgscheidungen Debatten nicht nur von Ambivalenzen geprägt, sondern auch weitergehenden Modifikationen unterworfen waren. War der Ausgangspunkt de Maizières zu Beginn der Beratungen zunächst in Verbindung mit der kritischen Würdigung der realsozialistischen Verhältnisse und erst recht der Ineffizienz und des Immobilismus des „Systems Götting“ noch von eigenständigen Sozialismus-Vorstellungen bestimmt („humane und demokratische Gesellschaft, wie sie nach christlichem Verständnis dem Sozialismus entspricht“), wurde in den Debatten „auf der Burg“ zunehmend die vom 9. November her gestellte Frage nach der Einheit aufgenommen und als entscheidend für die weitere Politik der CDU angenommen. Dass hierbei zunächst noch der Konföderations-Gedanke im Vordergrund stand, ist gut verständlich; interessant ist allerdings, wie früh de Maizière über den inneren Zusammenhang von deutscher Wiedervereinigung und europäischer Einigung meditierte. Die damals von de Maizière in einigen Punkten zusammengefasste Einheitskonzeption hatte dabei einen wesentlich anderen Charakter als jene Einheits-Rhetorik, der wir uns in der DDR-CDU in den fünfziger Jahren verpflichtet gefühlt hatten. Allerdings darf auch bei Nuschke nicht übersehen werden, dass für ihn die Kategorie „deutsche Einheit“ einen übergreifenden, authentischen Charakter hatte, was ja im Februar 1957 nach dem 30. Plenum des Zentralkomitees der SED, auf dem letztlich die Einheitslosungen aufgegeben wurden, zu einem heftigen Konflikt zwischen Nuschke und der SED führte.

Für de Maizière existierte auf dieser Sitzung von Anfang an bis an deren Ende ein Fixpunkt: Es sollte alsbald ein Sonderparteitag einberufen werden. So wie er unmittelbar nach seiner Wahl „die Hauptbücher“ hatte schließen und neu eröffnen lassen, so wollte er absolute Klarheit in allen politischen und geistigen Entscheidungen, verbunden mit einem neuen personalpolitischen Korsett der Partei, letztlich also die politische Rückkehr zur „echten Idee“ und zur Satzung, zur rechtlichen Basis der Union. Überdies wollte er

hier die Verifizierung seiner Wahl durch einen Parteitag. Es gab damals kaum einen DDR-Politiker der wie Lothar de Maizière in der politischen Analyse der DDR-Irrwege dem „demokratischen Zentralismus“ als verheerendes Grundübel eine so herausragende Bedeutung zumaß und das repräsentativ-pragmatische Hierarchie-„System Götting“ derart als die Achillesferse der CDU herausstellte.

In der Vorbereitung des Sonderparteitags hatte daher inhaltlich diese Positionsbestimmung Vorrang: Innerparteilich die abschließende Auseinandersetzung mit der ideologischen Sanktionierung des Realsozialismus durch die CDU und die Restitution des „hohen C“, dessen Herauslösung aus der Allianz mit dem Realsozialismus, dann die Herausarbeitung einer neuen Demokratie- und Gesellschaftsverständnisses, schon weitgehend in Absehung von Sozialismus-Modellen (auch utopischen Zuschnitts), und, im Kontext der Forderung nach einer neuen Verfassung und nach freien Wahlen, Überlegungen zu einer neuen Wirtschaftsordnung jenseits von Planwirtschaft, aber auch von purem Kapitalismus, Stärkung der CDU als eigenständige Kraft, die in freien Wahlen bestehen könnte, und Option für die Wiederherstellung der deutschen Einheit, in Übereinstimmung mit den vier Mächten der Antihitlerkoalition und den Prärogativen europäischer Sicherheit, mit klarer Absage an jeglichen Nationalismus. Parteipolitisch implizierte zumal die zuletzt genannte Position das Bestreben der DDR-CDU, eine gewisse Kompatibilität zu den Auffassungen der bundesdeutschen CDU zu erreichen.

Auf solche Weise ist im wesentlichen die Grundlinie der Erörterungen des Sonderparteitags Mitte Dezember 1989 in Berlin erfasst. Auf diesem Sonderparteitag mussten die letzten Elemente der „Doppelherrschaft“ zurückgedrängt werden. Dabei brauchte der Personalpolitik insofern keine Bedeutung zugemessen zu werden, weil natürlich aus der ersten Reihe der alten Führungsriege niemand mehr direkt die Möglichkeit und auch nicht den Mut hatte anzutreten. Überdies war es am Abend des ersten Tages zu einer aufgeheizten Atmosphäre gekommen, in der wegen der Erörterung finanzieller Aspekte und der Privilegien des „Systems Götting“ die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden musste. Mein Diskussionsbeitrag in der Nacht war dann nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit der – wohl auch gelungene – Versuch, nicht nur zur Sachdebatte zurückzukehren, sondern durch meinen selbst- und „system“-kritischen Ansatz zur Reinigung der Atmosphäre beizutragen. Es zeigte sich auch, dass sich aus der zweiten und dritten Reihe des Funktionskörpers der CDU eine Reihe von Exponenten hervortaten, und es war schon überraschend, mit welcher Forschung sie gegen das alte repressive System in Staat, Gesellschaft und Partei auftraten, etwa Peter Mugay, Mitglied des Redaktionskollegiums der „Neuen Zeit“, nach dem 18. März 1990 Volkskammerabgeordneter und bis 1994 oder 1995 Chefredakteur der Potsdamer „Märkischen Allgemeinen“, oder Herbert Goliasch vom Leipziger CDU-Kunstverlag Schmiedicke, der

dann in den Sächsischen Landtag gewählt wurde und bis 1994 CDU-Fraktionsvorsitzender war. Es stellte sich hieraus, dass ihre Forschungsreise für Stasi-Dienste oder solche der Politabteilung der Kriminalpolizei gewesen war. Weniger überraschend war das forsche Auftreten von Oberkirchenrat Martin Kirchner, Eisenach, einem der Verfasser des „Weimarer Briefs“ und am Ende des Parteitags gefürchteter Generalsekretär. Auch er konnte dies nur bis Sommer 1990 bleiben. Sicherlich waren diese Erscheinungen von verheerender Wirkung in die Breite der sich neu orientierenden Mitgliedschaft und in die sich schon herausbildende gesamtdeutsche Öffentlichkeit hinein. Es war klar, dass das „Blockflöten“-Syndrom auf solche Weise zusätzliche dramatische Konturen annahm.

DDR-CDU kompatibel?

Zweifellos hingen diese Erscheinungen auch damit zusammen, dass sich die Führung der CDU in der Bundesrepublik schwer getan hatte, mit CDU-Mitgliedern in der DDR in Kontakt zu kommen. Die westdeutsche CDU-Führung hat sich immer und erst recht ab Anfang der achtziger Jahre gerühmt, im Gegensatz zur FDP und deren unterschiedlichen Gesprächsebenen mit der LDP(D) keinerlei Berührungsfelder mit der Führung der DDR-CDU gehabt zu haben. Sicher hatte dies seinen Sinn, aber nicht mehr da, wo es um Kontakte mit der CDU-Basis gegangen wäre. Es ist anzunehmen, dass der stärkere reformerische Ansatz in der LDP(D) im Vergleich zur CDU der DDR auch hierin begründet lag. Selbst nach der Wende in der DDR-CDU kam es nur zögerlich zu Gesprächen mit de Maizières und anderen neuen Politikern in den sich entwickelnden ostdeutschen Ländern. Ein Vorreiter war zweifellos Eberhard Diepgen, auch dank der verwandtschaftlichen Beziehungen seines Mitarbeiters Thomas de Maizières zu Lothar de Maizières, und Walter Wallmann. Im Dezember 1989 musste es auffallen, dass zu einer Konferenz der CDU in Berlin-West zwar de Maizières geschlagener Gegenkandidat, der Maler Winfried Wolk, (der Noch-Nicht-Generalsekretär) Martin Kirchner und Dr. Czok eingeladen wurden, nicht aber der neue Parteivorsitzende. Ich dagegen erhielt eine Einladung zum SPD-Parteitag, die ich nicht wahrnahm.

Offensichtlich spielte bei diesem Verhalten eine Rolle, dass sich die bundesdeutsche CDU-Führung noch nicht darüber im klaren war, wie sie sich insgesamt zur DDR-CDU stellen, ob sie ihre bisherige Haltung fortsetzen oder verändern sollte. Für ersteres schien zu sprechen, dass sich die als „revolutionär“ aufgefasste Wende-Szene in der DDR Ende 1989/Anfang 1990 auch im christlich-demokratischen Umfeld als so „produktiv“ erwies, dass die altbundesdeutsche CDU-Führung meinte, genügend Auswahl an kompatiblen Verbündeten in der DDR jenseits der „belasteten“ CDU zu haben. Bald stellte sich jedoch heraus, dass die fast 30 sich als Parteien gerierenden Gruppen und

Cliquen wie Kartonhäuser zusammenfielen, außer der weit nach rechts ausholenden DSU und des nicht von Anfang an als Partei agierenden Demokratischen Aufbruchs, der denn aber das Problem bekam, dass sein autoritärer Vorsitzender Wolfgang Schnur sich als IM erwies. Ohne hier diese bereits ausführlich dokumentierte Problematik weiter aufzugreifen, soll nur festgehalten werden, dass offenbar auch diese beiden Gruppierungen der CDU-Führung in der Bundesrepublik keine Gewähr für Effektivität, geschweige denn für Wahlerfolg boten, so dass letztlich doch der Blick auf die ehemalige Blockpartei geworfen werden musste – „domestiziert“ in einer „Allianz für Deutschland“, in der sie gleichwohl die *dominierende* Rolle spielte, nicht allein wegen ihrer organisatorischen Infrastruktur und ihres (inzwischen angeschlagenen) Personals, sondern womöglich auch wegen ihrer politisch-geistigen und weltanschaulichen Statur (die sie in der „zweiten Strömung“ herauszuformen begonnen hatte). In einer Zeit äußerster politischer Anspannungen (Doppelherrschaft in der DDR-Gesellschaft durch Regierung Modrow und Runden Tisch, Debatten um Stasi-Verstrickungen und -Auflösungen, „antifaschistische“ Demonstrationen, Einwirkungen auf die DDR von außen) hatte dieser Tatbestand dazu geführt, dass sich die DDR-CDU immer mehr zu einer vom „hohen C“ geprägten, christlich-konservativen Partei „mauserte“.

Dieser Prozess ging auf unterschiedlichen Ebenen vonstatten: in den Debatten an der Parteibasis vor allem, widergespiegelt in der sich erneuernden Parteipresse, in der zumal jüngere Journalistinnen und Journalisten beachtliches Profil zu zeigen vermochten (ich nenne nur die kürzlich zu Recht ausgezeichnete Uta Dittmann von der Dresdener „Union“); dann in der parlamentarischen Arbeit und am Runden Tisch, in beiden Fällen mit der Einschränkung, dass die parlamentarische Arbeit durch das „Sitzfleisch“ der alten Funktionäre behindert wurde, während die CDU-Führung nach anfänglich starkem Engagement – am 8. Dezember 1989 lobte bei der Ehrenpromotion für Bischof Joachim Rogge Wolfgang Ullmann im Gespräch mit mir Lothar de Maizière – den Runden Tisch nicht überschätzte und als eher transitorisch annahm; weiter in Gesprächen mit der bundesdeutschen CDU, zumal in Berlin auf relativ breiter Basis in Berlin (wie beim Treffen der „alten“ Ostberliner Stadtverordneten mit der Abgeordnetenhaus-Fraktion, wie dem von mir organisierten Vortrag Dr. Hassemers vor Ostberliner CDU-Intellektuellen, oder bei Grundsatzdebatten über Sachfragen wie z. B. mit Frau Dr. Laurien über Schulpolitik usw.); schließlich in der vom Sonderparteitag eingesetzten Programmkommission zur Ausarbeitung eines Parteiprogramms – es gab nämlich noch keins!). All dies mündete in die politisch-geistige Vorbereitung der Wahlen und schließlich in einen militant und niveauvoll geführten Wahlkampf, der früher einzusetzen hatte, weil aus unterschiedlichen taktischen Kalküls – gerade auch der Sozialdemokratie – der Wahltermin auf den 18. März 1990 vorgezogen worden war.

Frühe Schatten des Wahlkampfes

Vordergründig mag im Januar/Februar 1990 der Wahlkampf und seine Vorbereitung der Hauptgegenstand der Parteiaktivitäten und -interessen gewesen sein, immer wieder tagespolitisch zugespitzt durch die Frage, wie sich die CDU zum Modrow-Kabinett verhalten solle. Zum Teil ergab sich diese Problematik aus der inneren Situation der DDR und weniger aus der „Doppelherrschaft“ Regierung – Runder Tisch, hatten doch respektable Vertreter der sozusagen „außerparlamentarischen Opposition“ inzwischen am Kabinetttisch Platz genommen. Eigentlich hing sie mehr mit der sich entwickelnden „Tripleherrschaft“ zusammen, also der stärker werdenden Einflussnahme der bundesdeutschen Politik, auch Parteipolitik, auf die Entscheidungsebenen in der DDR. Die F.A.Z. (Frank Pergande, 22. Dezember 1999) führte dazu aus: „Eine der Hauptforderungen der West-CDU war es, die Modrow-Regierung zu verlassen. De Maizière hielt aus Verantwortungsgefühl dagegen. Als es jedoch auch aus den inzwischen wieder gegründeten Landesverbänden Kritik gab wie auch am zentralen Runden Tisch, traten die drei CDU-Minister – neben de Maizière Gerhard Baumgärtel und Klaus Wolf – aus der Regierung aus, nahmen ihre Ämter aber geschäftsführend wahr. Ein Trick, wie es de Maizière mit einem Lächeln heute sagt. Es war ein Kompromiss zwischen seiner Auffassung, das Land dürfe nicht weiter destabilisiert werden, und dem stärker werdenden Druck, die CDU müsse sich im Wahlkampf von der PDS abgrenzen, die Regierungsbeteiligung sei nur eine Fortsetzung der alten SED-Blockpolitik.“

Überhaupt war, unabhängig von der in der Bundes-CDU so lange hinausgezögerten Entscheidung über die Frage von Verbündeten in der DDR, auffällig, dass es dort, wo es zu Kontakten zwischen DDR-CDU-Leuten und solchen der bundesdeutschen und besonders Westberliner CDU kam, sehr stark um vordergründige Fragen der Taktik und des Wahlkampfes ging und fast nicht um Programmatik und Fragen, die sich aus unserer Vergangenheit ergaben. So erinnere ich mich eines frühen und sehr schönen Gesprächs mit Volker Hassemer im Januar 1990 (daraus ging der oben erwähnte Vortrag vor Ostberliner CDU-Intellektuellen hervor) im Club der Kulturschaffenden. Ich hatte natürlich darauf hingewiesen, dass dort Ferdinand Friedensburg und Ernst Lemmer bis Ende 1948 ein- und ausgegangen seien und ich fand es, jenseits der von mir in den Mittelpunkt gerückten geistig-weltanschaulichen Fragen und unserer Verstrickung, bezeichnend, dass der frühere und spätere Kultursenator seinerseits ganz andere Fragen als zentral empfand: Die LDP(D) hatte damals noch gute Quoten in den Prognosen, z.T. bessere als die CDU, der Gerlach-Effekt wirkte nach, zumal der LDP-Vorsitzende ja als amtierender Staatsratsvorsitzender stärker im Lichte der Öffentlichkeit stand (etwa beim Mitterrand-Besuch in der DDR). Hassemer insistierte daher: hierauf müsst Ihr

euch konzentrieren, die müssen von euch verdrängt werden ... Wieder anders – um dies hinzuzufügen – verliefen meine späteren Gespräche mit Dr. Lehmann-Brauns. Der kulturpolitische Sprecher der CDU in Westberlin schöpfte in vielen Gesprächen mit mir und z.T. Wolfgang Sparing, dem Landesgeschäftsführer der Osterberliner CDU, meine Kenntnisse über das Ostberliner kulturelle Leben ab, die ich als langjähriger Vorsitzender der Kulturkommission der Ostberliner Stadtverordnetenversammlung hatte – und als er mich abgeschöpft hatte, existierte ich nicht mehr für ihn. Wirklich prinzipielle Debatten hatte ich demgegenüber mit Frau Dr. Laurien, ohne dass es die Möglichkeit gegeben hätte, das Thema der Verstrickung zu vertiefen. Ich hatte sie gefragt, ob sie wisse, mit wem sie es zu tun habe: Ihre Antwort war bejahend, und sie fügte hinzu, es falle ihr schon schwer, mit mir Gespräche zu führen, und sie würde es auch nicht tun, wenn sie nicht den Auftrag dazu hätte. Ich erwähne das mit völliger Zurückhaltung, ja Verständnis hinsichtlich des subjektiven Faktors, aber doch mit dem Zusatz, dass er objektiv so wohl letztlich nicht günstig für das Zusammenwachsen der CDU in Ost- und Westdeutschland war.

Zweifellos war es von großem aktuellen Wert, dass sich die CDU in den ersten zehn Wochen des Jahres 1990 im tagespolitischen Kampf bewährte, einerseits gegenüber den alten blockpolitischen Versuchungen von SED/PDS, dann gegenüber den bürgerlichen Konkurrenten, nicht zuletzt aber gegenüber SDP/SPD, die ja *rebus sic stantibus* der eigentliche Rivale geworden war, allerdings blockiert durch die ambivalente Haltung der SPD-Führung in der Bundesrepublik zur Frage der Wiedervereinigung. *À la longue* und in historischer Perspektive gesehen kam indes – es war ja der große Wahlerfolg mit 41 Prozent so nicht vorauszusehen – der damaligen programmatischen Auseinandersetzung die eigentliche Bedeutung für die Erneuerung der Partei zu.

Zu der auf dem Sonderparteitag eingesetzten Programmkommission gehörten u.a. einige Intellektuelle, die in der DDR-CDU aktiv waren und bei aller Loyalität eine gewisse Eigenständigkeit bewahrt hatten (Peter Schmidt, zuerst Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften, dann Dozent in Burscheidungen, als Vorsitzender, Professor Dr. Hans-Hinrich Jessen von der Theologischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität und ich), weiter andere Parteimitglieder, die an der Basis eine kritische Distanz eingenommen hatten, so der Leipziger (katholische) Psychologe Dr. Dr. Karl Zwiener und Dr. Else Ackermann, die Initiatorin und Mitautorin des „Neuenhagener Briefs“.

Programmatische Erneuerung im Zeichen des „hohen C“

In dieser Kommission, die in einer gewissen Klausur im CDU-Ferienheim Grünheide bei Berlin tagte, kam es zu einer unerhört fruchtbaren Diskussion und geistigen Auseinandersetzung, in der gleichsam *in nuce* das im weltanschaulich intonierten Diskurs aufgeworfen und dann in programmatische Form

und Formulierung gegossen wurde, was an der Parteibasis jeweils spontan und vom Thematischen her selektiv in der (tages)politischen Auseinandersetzung erörtert wurde. Anders gesagt: Was an der Basis zu dieser oder jener Problematik selektiv zur Geltung gebracht wurde, das kam im Programmentwurf im Zusammenhang, in der Interdependenz der einen Sachfrage zu den anderen zur Wirkung. Auffällig am Programmentwurf und seiner stilistischen Gestaltung ist, dass die Verfasser rasch jenen Sprachduktus hatten überwinden können (einige waren ihm ohnehin nicht erlegen gewesen), der im „System Götting“ auch dann (oder soll man nicht sogar sagen: erst recht dann?) gebraucht wurde, wenn man sozusagen in Klammern etwas Eigenes hatte zur Sprache bringen wollen.

Vor allem aber ist an diesem Text die weltanschauliche Grundlinie des „hohen C“ auffällig, die ihn von Anfang an durchzog. Dies bedeutete, dass man einerseits in einer gewissen Kontinuität zur alten DDR-CDU blieb, in die man doch wegen des C eingetreten war. Andererseits machte der Programmentwurf deutlich, dass es darum ging, die Verklammerung des C in der alten DDR-CDU (also des „Eigenen“) mit dem realsozialistischen DDR-System (also dem „Fremden“) aufzulösen. Ich hatte dies auf dem Sonderparteitag in meinem Beitrag dahingehend formuliert, dass ich sagte, vielleicht hätten wir dort am meisten gefehlt, wo wir gemeint hatten, besonders richtig zu handeln. Dies geschah im Text durch den als programmatisch zu bezeichnenden Rückgriff auf den „Konziliaren Prozess“, der ja in der DDR bis 1989 als ein die weitverzweigte dissidentische Bewegung zusammenführender Vorgang verstanden und gefürchtet wurde, so dass auf diese Weise programmatisch die Erneuerung der DDR-CDU auch im Anschluss an die Oppositionsbewegung erfolgte, in dialektischer Spannung zu dem, was sich in der „zweiten Strömung“ herausgeformt hatte.

So ist der I. Hauptteil des Programmentwurfs überschrieben: „Christliches Menschenbild“ (Würde des Menschen, Gemeinschaft, sittliche Bindung), und von dort geht der Schritt zum II. Hauptteil „Grundwerte“ u.a. mit den Stichworten Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung, also den Hauptlösungen des Konziliaren Prozesses. Im Programmentwurf traten dann noch die Hauptstichworte Freiheit und Verantwortung hinzu.

Es wäre eine unangemessene dialektische Verknüpfung von Gedankengut der alten DDR-CDU mit Erneuerungspotential auch aus der dissidentischen Bewegung gewesen, wenn zuvor nicht eine ausdrückliche Schulderklärung formuliert worden wäre: „Entgegen der Mahnung standhafter Demokraten und trotz des mit großen Opfern verbundenen Widerstandes vieler verantwortungsbewusster Mitglieder hat die CDU nach der Gründung der DDR den Weg in die wirtschaftliche, soziale und moralische Katastrophe nicht verhindert. Vor dem deutschen Volk bekennen wir die Schuld unserer Partei: Sie hat sich der Diktatur unterworfen und hat sie mitgetragen. Sie hat zu Unrecht und Macht-

missbrauch in der Öffentlichkeit geschwiegen. Die Führung unserer Partei hat das wache freiheitliche und demokratische Gewissen vieler unserer Mitglieder nicht beachtet. Die CDU hat heute ihre Mitschuld an der Fehlentwicklung der DDR zu tragen und zu bewältigen.“

Eine solche Positionsbestimmung war in verschiedener Hinsicht bemerkenswert: einmal, dass in aufgeregter, politisch aufgeheizter Atmosphäre eine solche grundlegende Besinnung auf die „echte Idee“ der Union und eben auf das „hohe C“ möglich war, zum anderen, dass dies sich aus der alten DDR-CDU hatte herauskristallisieren können – ein Zeichen, dass dort eben mehr vorhanden war als „Blockflöten“-Noten im intellektuellen und „ideologischen“ Inventar, und schließlich, dass solche grundsätzliche Positionsbestimmung sich auch günstig auf die sich bald (zuerst in Thüringen) herausformende Bewegung zur Bildung der Landesverbände im Rahmen der 1992 aufgelösten Länder auswirkte und zudem als Wahlprogramm für den 18. März 1990 der Öffentlichkeit übergeben werden konnte. Letzteres kann auch dahingehend gedeutet werden, dass an diesem Wahltag nicht nur (wie viele Kommentatoren zynisch geäußert hatten) die D-Mark gewählt worden war, Wolfgang Ullmann äußerte unmittelbar nach dem 18. März 1990 gegenüber der „taz“, man dürfe nicht übersehen, dass die alte DDR-CDU zumal im kulturellen Umfeld Eigenständiges aufzuweisen gehabt hätte, und er nannte Johannes Bobrowski als Kronzeugen.

Übrigens wird man darauf hinweisen müssen, dass das, was für die große Linie des Programms gilt, auch in den Details, in den sachlichen Positionsbestimmungen, zum Ereignis geworden ist. Ich erwähne hier einerseits nur die Programmpunkte 66 und 70 bzw. 71, Geisteswissenschaften und Kulturpolitik:

- „Daher tritt die CDU für ein erneuertes ... Bildungswesen ein,
- das den Hochschulen und Universitäten gesetzliche Autonomie einräumt sowie die Eigenverantwortlichkeit und den Handlungsraum der Ordinate wieder herstellt, das Freiheit und Verantwortung der Lehre und Forschung auf allen Gebieten anerkennt und der Wissenschaft als freier Wissenschaft ihre Würde zurückgibt,
- das sich eine völlige Neugestaltung der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung und Lehre als geisteswissenschaftlicher Forschung und Lehre zum Ziel setzt,
- das den notwendigen Diskurs mit den philosophischen Strömungen in der Welt fördert,
- das Rang und Würde der theologischen Forschung und Lehre an den Universitäten (theologische Fakultäten) achtet ...“.

„Das kulturelle Leben einer Gesellschaft ist Ausweis ihrer Freiheit, ihrer Toleranz und ihres geistigen Reichtums. Der Weg zu den Gütern der Kultur muss

allen in gleicher Weise offen stehen. Dabei geht es auch um die Förderung eines künstlerischen Lebens in der Fülle unterschiedlicher Ausdrucksweisen und Gestaltungsformen, sich gründend auf die Entfaltung von Individualität und Schöpferkraft.

Wir wollen eine Gesellschaft, die ihr Selbstbewusstsein nicht nur aus ihrer wirtschaftlichen und sozialen Leistungskraft bezieht, sondern die sich auch als Kulturgesellschaft versteht. Neben der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung werden gerade Kunst und Geist, Bildung und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft bestimmen.

Die CDU tritt für eine Kulturpolitik ein, die alle Versuchungen zur Indoktrination und jeglichen Provinzialismus überwindet, die die weltanschauliche Pluralität des kulturellen Lebens sichert ...“.

Ebenso ließe sich Punkt 109 heranziehen: „Wir christlichen Demokraten sehen in einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft die freiheitliche und menschengerechte Alternative zum bisherigen dirigistischen Zwangssystem. Sie ist ein Wirtschaftssystem, in dem sich Leistung lohnt und in dem Schwächeren geholfen wird. Ihre Grundlagen sind

- Leistung und soziale Gerechtigkeit
- Wettbewerb und Solidargemeinschaft
- Eigenverantwortung und ökosoziale Rahmenbedingungen...“

Vor allem aber wird Punkt 117 zu zitieren sein:

„Grundelement einer ökologischen Ordnung, wie sie die CDU vertritt, sind:

- Erziehung zu Förderung von Umweltbewusstsein und Umweltmoral,
- Primat der Vorsorge vor der Schadensbeseitigung,
- Aufbau einer leistungsfähigen Umwelttechnik-Industrie, die Arbeitsplätze schafft und die Lebensqualität verbessern hilft,
- Strukturwandel der Wirtschaft zugunsten abfallfreier, umweltfreundlicher und marktgerechter Produktion,
- staatlicher gesetzlicher Ordnungsrahmen, einschließlich Strafrecht,
- Finanzierung der Schadensbeseitigung primär nach dem Verursacherprinzip,
- Umweltüberwachung und Kontrolle der Einhaltung der Gesetzgebung,
- vorsorgende Prüfung von Produktion und Produkten auf Umweltverträglichkeit,
- Öko-Fonds zur Beseitigung und zum Ausgleich vorrangig von Folgeschäden ...“

Mit dem Programm war der Um- und Neuorientierungsprozess der DDR-CDU im wesentlichen abgeschlossen. In der Präambel hatte es hierzu geheißen, dass sich die CDU „im Verlaufe der friedlichen Revolution im Herbst 1989 ... von

der Basis aus grundlegend gewandelt“ habe. Er konnte auch insofern als abgeschlossen gelten, als er sich am 18. März 1990 in den ersten freien Wahlen, also im politisch-geistigen Konkurrenzkampf mit den Kräften des Alten (SED/PDS), mit den Dissidenten (Bürgerbewegung, Grüne), mit anderen bürgerlichen Parteien und vor allem mit der Sozialdemokratie bewährt hatte. Das geistig-politische Experiment hatte also nicht nur Laboratoriumsreife gezeigt und sich gegen alle möglichen Einflüsse von außen durchgesetzt, es hatte auch in den gesellschaftlichen Realitäten des Übergangs funktioniert – zur Überraschung der bundesdeutschen CDU, aber natürlich auch der Sozialdemokratie, die wie die dissidentische Bewegung nicht ohne Unbehagen dieses Wahlergebnis und das dadurch legitimierte Experiment zur Kenntnis nehmen musste. Möglicherweise sind sogar die Polarisierungsprozesse in der dissidentischen Bewegung Ende der neunziger Jahre trotz der abgrenzenden Positionsbestimmungen zum Ehrhart Neuberts gegenüber der alten DDR-CDU doch auch hiermit in Zusammenhang zu bringen.

In Richtung Hamburger Parteitag

Vom „Block“ konnte jetzt natürlich überhaupt keine Rede mehr sein. Dessen Reste sammelten sich am linken Rand der DDR-Gesellschaft und ihrer parlamentarischen Vertretungen, zersetzten sich dort aber im Sommer 1990, indem es ausgerechnet in der Partei, die 1948 zur Liquidation und zum Auffangen der DDR-CDU gegründet worden war, breite Kreise gab, die diese Partei mit der CDU vereinigen wollten: der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD). Diese Bewegung ging einerseits von pragmatisch orientierten DBD-Funktionären aus, die sich ausgerechnet hatten, dass die Partei in einem wiedervereinigten Deutschland ohne kompatiblen Partner und daher ohne Zukunft sei, Interessenvertreterin der bäuerlichen Kreise aber seien CDU/CSU. Diese pragmatischen Funktionäre blieben zwar ohne Mehrheit in der Partei, die den Schritt zur CDU nicht vollzog, aber diese hatten für sich richtig gerechnet, bekamen sie doch vor dem 1. Oktober 1990 und danach Funktionen und überlebten zumeist in ihnen, ja, einige von ihnen machten eine glänzende Karriere: *Ihre* „Blockflötentöne“, so die des heutigen Stellvertreters des brandenburgischen CDU-Landesvorsitzenden, störten nicht so sehr. Andererseits hatte es in der DBD Mitglieder gegeben, die eine gewisse christliche Bodenhaftung hatten. Es gab für manche Teile der ehemaligen DDR statistische Erhebungen, die besagten, dass unter den Mitgliedern von Gemeindekirchenräten, die einer Partei angehört hatten, die meisten DBD-Mitglieder waren!

Ebenso kam es im Sommer 1990 zum Übertritt einiger dissidentischer Kräfte in die CDU, vor allem durch Fusion mit dem Demokratischen Aufbruch, und das hieß, dass damit auch Rainer Eppelmann CDU-Mitglied wurde, der von der alten CDU (von einigen Berliner Unionsfreunden abgesehen) nicht

gerade gut behandelt worden war, der aber seinerseits keine Skrupel hinsichtlich dieses Schritts hatte (oder jedenfalls zu haben schien). Dass dieser Vorgang auch (wenn vielleicht auch schwer nachweisbar) mit dem programmatischen Vorlauf zu tun gehabt hat, mit der Auseinandersetzung im Umfeld der „zweiten Strömung“, hatte ich schon angedeutet und unterstreiche es hier noch einmal.

An dieser Stelle soll wenigstens andeutungsweise vermerkt werden, dass für die Wahlen am 18. März 1990 und für die Landtagswahlen im Herbst 1990, aber auch im innerparteilichen Umgang vor und kurz nach dem 3. Oktober 1990 im Personal der DDR-CDU (d.h. auf Kandidatenlisten usw.) eine gewisse Ausgewogenheit zwischen Mitgliedern der alten DDR-CDU, neuen Mitgliedern, Persönlichkeiten aus der Bundesrepublik, die in die DDR übergesiedelt waren, und Dissidenten sowie Kräften aus DBD und Demokratischem Aufbruch geherrscht hat, also von Linkspopulisten wie Dr. Diestel über Eppelmann und Grüning aus dem dissidentischen Umfeld, über Dr. Ingo Zimmermann (Sächsischer Landtag), Rehberg und Caffier (im mecklenburgischen Landtag) und Habermann (brandenburgischer Landtag) aus der „zweiten Strömung“ über Junghähnel und Helm (Brandenburg) oder Dr. Sklenar (Thüringen) von der DBD bis zu Kurt Biedenkopf. (Nur zum Vergleich hierzu: Bei den Landesvorstandswahlen der Berliner CDU Februar 2000 wurden vier Ostberliner/innen gewählt, alle erst Mitglieder der CDU nach 1990).

Ehe ich abschließend zu meinen Erörterungen, darunter auch zu der zuletzt aufgeworfenen Frage etwas ausführe, will ich noch folgendes festhalten: Ich habe zu zeigen versucht, dass es in der Folge des programmatischen Erneuerungsprozesses und der gewonnenen Wahlen im März 1990 samt der damit verbundenen Regierungsverantwortung zu einer Stärkung der DDR-CDU kam, die damit in die Lage versetzt worden war, den seit dem 9. November 1989 unaufhaltsam gewordenen Wiedervereinigungsprozess so gestalten zu können, dass (außenpolitisch in den 2+4-Verhandlungen) Identität und Kontinuität erhalten blieb. Die DDR-CDU konnte auf solche Weise in aufrechter Haltung am 1. Oktober auf dem ersten gesamtdeutschen Parteitag in Hamburg den Schritt in die eine Christlich-Demokratische Union gehen. Sie brachte als Gabe an den Parteitag nicht nur die Broschüre mit den Protokollen des Gründerkreises von 1945/46 („Echte Idee“ der Union!) mit, sondern die Ergebnisse ihrer inneren praktischen und programmatischen Erneuerung. In einem Aufsatz für das „Deutschland-Archiv“ 11/90 hat Peter Schmidt, enger Mitarbeiter de Maizières, hierzu geschrieben: „Die ganze Einheit Deutschlands wird ja nicht zwischen zwei Märtyrervölkern hergestellt, sondern sie führt ein normales Volk zusammen, in dem nur wenige die Kraft und Einsicht aufbrachten, als einzelne gegen Nazidiktatur und Stalinismus zu kämpfen. Und von diesen wenigen sind noch weniger gegen beides aufgestanden. Von denen allerdings waren viele in der CDU. Wer gehofft oder befürchtet hatte, der Beitrag der

Ost-CDU, der ‚Erben Jakob Kaisers‘, würde bereits auf dem Hamburger Parteitag zu einer Art ‚Linksruck‘ führen, sah sich getäuscht. Keine Richtungsverschiebung, sondern mehr Frauen, mehr Jugend, mehr kirchliche Mitarbeiter und soziale Berufe und vielleicht mehr selbstbewusste Basis sind das erste Ergebnis der Wiedervereinigung der Partei. ‚Die Partei wird nicht anders. Sie wird stärker‘ (de Maizière).“

Es bedürfte der gesonderten Analyse, was sich aus dieser Voraussage der Maizières ergab – oder auch nicht ergab, zumal in Verbindung mit seiner anderen, 1990 wiederholt geäußerten Auffassung, das wiedervereinigte Deutschland werde östlicher und protestantischer werden. Ich will nur so viel sagen, dass in den neunziger Jahren diese Voraussagen so nicht eintreten konnten, weil es nicht gelang, in der CDU in den neuen Bundesländern das durchzuhalten, was noch 1990 Ereignis gewesen war. Es kam eben nicht zu einem klärenden Gesprächsprozess der verschiedenen Strömungen in der erneuerten CDU, also nicht zu dem, was sich 1989/90 von der „zweiten Strömung“ her ergeben hatte. Viele alte Mitglieder fühlten sich als „Blockflöten“ denunziert und verließen die Partei, in der sie nicht die programmatischen Ansätze aufgehoben sahen, für die sie 1990 eingetreten waren. Hinzu kam, dass der durch den dialektischen Materialismus in DDR-Zeiten forcierte Säkularisierungsprozess nicht aufgehalten werden konnte, sondern sogar verstärkt wurde – verstärkt durch einen besonders effizienten praktischen Materialismus. Von einem „Protestantischer-Werden“ konnte also überhaupt nicht die Rede sein.

So müsste die hier aufgeworfene Problematik bis zum 10. Jahrestag der Maueröffnung gesehen werden. Danach haben die Entwicklungen aus der „alten CDU“ in der Bundesrepublik heraus („System Kohl“) einige neue Aspekte ergeben, wobei ich der von manchen Beobachtern herausgestellten Schadenfreude ehemaliger Mitglieder der DDR-CDU keine Beachtung schenke. Es könnte dies ohnehin auch nur eine Schadenfreude aus dem Ungeist der „ersten Strömung“ sein. Für relevanter sehe ich allerdings an, dass im Umfeld der Ost-CDU andere Fragen aufgeworfen werden, die prinzipiellen Charakter haben, nämlich die Frage nach den Grundwerten der Partei (und ihrer Beschädigung), die nach dem „hohen C“ (und seiner stärkeren Würdigung) und womöglich danach, was aus dem programmatischen Vorlauf der DDR-CDU vor zehn Jahren geworden ist. Es soll dies hier am Ende meiner Erwägungen nur ganz zurückhaltend angemerkt werden, evtl. mit der zusätzlichen Bemerkung, dass es jetzt in der CDU nicht nur um Krisenmanagement und um „neue Köpfe“ geht, sondern um geistige Auseinandersetzung, vielleicht im Anschluss an die Erfahrungen von 1989/90.